



# STANDPUNKTE

Argumente und Informationen aus der bayerischen Diakonie

Ausgabe 4/2006

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

manchmal, so scheint es, geschehen noch Zeichen und Wunder. Da veröffentlicht die bayerische Diakonie eine Meldung zur chronischen Unterfinanzierung der Insolvenzberatung, die von den Medien in Bayern aufgenommen und verbreitet wird. Denn: Die zugesagten Mittel von 1,3 Millionen € reichen gerade einmal für das erste Kalenderhalbjahr.



Und was geschieht? Am nächsten Tag erfahren wir, dass im Sozialpolitischen Ausschuss des Bayerischen Landtages ein Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion mit folgendem Wortlaut angenommen wird:

„Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, im Rahmen des Haushaltsvollzugs den Insolvenzberatungsstellen für das Jahr 2006 zusätzliche Mittel in Höhe von 437.400 € zur Verfügung zu stellen. Damit kann der nicht vorhersehbare erhebliche Anstieg der Fallzahlen im Jahr 2006 bei der Förderung abgedeckt werden. Im kommenden Doppelhaushalt 2007/2008 sollen die Mittel für die Insolvenzberatung auf jeweils 1,9 Mio. € aufgestockt werden.“

Grund zur Freude? Gewiss. Denn Insolvenzberatung ist ein Instrument zur Armutsbekämpfung, und wie notwendig das ist, hat uns nicht zuletzt die Studie „Leben in Europa“ vor Augen geführt. Es bleibt jedoch ein „Aber“ im Raum stehen, auf das das Bündnis 90/Die Grünen im Landtag hingewiesen hat: Auch 1,9 Millionen € sind sowohl nach unseren Erfahrungen als auch nach Aussagen der Bezirksregierungen nicht ausreichend. Der Bedarf beläuft sich auf knapp 3 Millionen €. Wird also nur der Mangel verwaltet?

Gewiss – auch im kommenden Jahr werden die Mittel für die Insolvenzberatung nicht ausreichen. Andererseits: Mit dieser Entscheidung hat auch die CSU-Fraktion anerkannt, was die Diakonie seit längerem beklagt: Die Finanzausstattung für ein wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung ist unzureichend. Ein Anfang, immerhin, ist gemacht.

Ihr

Dr. Ludvig Markert

MIT LEIB UND SEELE  
Ihre  
Diakonie



## Wir lassen Alleinerziehende nicht allein

### Grundsätze der Arbeit mit Alleinerziehenden in Kirche und Diakonie verabschiedet

**Lobbyarbeit für Alleinerziehende gewinnt zunehmend an Bedeutung, sowohl innerhalb von Kirche und Diakonie als auch darüber hinaus. Drohende und bereits vollzogene Kürzungen in der Arbeit mit Alleinerziehenden sowie die familien- und sozialpolitischen Entwicklungen machen eine verstärkte Lobbyarbeit erforderlich. So verständigte sich die Evang. Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter, auch im Sinne einer Selbstvergewisserung, auf gemeinsame Grundsätze. Diese beschreiben die unterschiedlichen Angebote für Alleinerziehende in Kirche und Diakonie in Bayern und stellen deren Notwendigkeit dar.**

Allein erziehend zu sein ist heute eine der vielen Formen, Familie zu leben. Die Lebensgeschichten und -situationen von allein erziehenden Frauen und Männern sind unterschiedlich und vielfältig. Die Verschiedenheit der Lebensformen wird als Reichtum verstanden. Dabei trifft der Begriff „allein erziehend“ den Sachverhalt nur unzureichend, da er nicht die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft berücksichtigt. Präziser sind die Begriffe „Mutter-Kind-Familie“ und „Vater-Kind-Familie“.

Als Definition wird zugrunde gelegt, dass Alleinerziehende Mütter und Väter sind, die überwiegend allein sowohl für den Lebensunterhalt ihrer Familie sorgen als auch die tägliche Verantwortung für ihr Kind bzw. ihre Kinder wahrnehmen. Dazu gehören Ledige, getrennt Lebende, Geschiedene, Verwitwete und Alleinerziehende in neuer Partnerschaft.

#### Alleinerziehende besonders belastet

Wie auch immer die Hintergründe für die Lebensform „Alleinerziehend“ sein mögen, eines ist allen gemeinsam: Alleinerziehende spüren die strukturelle Benachteiligung von Familien in besonderem Maße. Zudem wird eine Trennung, das Verlassenwerden oder der Tod des Partners bzw. der Partnerin auch immer als Krise und Verunsicherung erlebt.

Während dieser Zeit müssen entsprechende Hilfsangebote zur Verfügung stehen, und Menschen, die sich dieser Problemlagen annehmen.

Vorrangiges Ziel der Arbeit mit allein erziehenden Müttern, Vätern und ihren Kindern ist es, Umbrüche, Übergänge und biographische Schnittstellen zu begleiten und dabei Alleinerziehende in ihrem Wunsch nach einem ge-

lingenden Zusammenleben mit den Kindern zu unterstützen. Ein-Eltern-Familien haben ihre ganz eigenen Stärken und Ressourcen. Diese zu entdecken, nutzen und wertschätzen zu lernen ist Ziel aller Angebote für Alleinerziehende.

Daraus ergeben sich zum einen individuelle Ziele, wie die Bewältigung von Krisensituationen, die Aufarbeitung von Trennungs- und Verlusterfahrungen und eine Neuorientierung. Dazu gehören aber auch die

Stärkung des Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls. Ein ökonomisch abgesichertes Leben ist zu ermöglichen, Solidarität und Gemeinschaft sollen erlebt, Kontaktmöglichkeiten hergestellt und die Selbsthilfe verstärkt werden.

Zum anderen ergeben sich gesellschaftspolitische Ziele, wie die Vermittlung eines differenzierten Bildes von Alleinerziehenden in der Öffentlichkeit und die Anerkennung von Alleinerziehenden als gleichwertiger Familienform. Die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen ist ein weiteres gesellschaftspolitisches Ziel, aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für Ein-Eltern-Familien eine existenzielle Notwendigkeit darstellt.

#### Diakonie stellt fundierte Angebote bereit

Die Fragestellungen in der Lebensform 'Alleinerziehend' sind oftmals sehr vielfältig und komplex. Daher braucht es unterschiedlichste Beratungs-, Unterstützungs- und Vernetzungsangebote. Grundsätze dafür sind: Selbsthilfe



Alleinerziehende brauchen besondere Unterstützung.



Wir AG



und Vernetzung, Parteilichkeit, geschlechtsspezifischer Ansatz und Ganzheitlichkeit.

In Kirche und Diakonie hat sich, neben professionellen Beratungs- und Bildungsangeboten, eine lebendige Treffpunktarbeit für Alleinerziehende etabliert. Das Angebot reicht von thematischen Informationsabenden über offene Gesprächskreise bis hin zu Freizeitangeboten.

Dabei ergänzen sich professionelle Beratungs- und Bildungsangebote mit der meist

ehrenamtlich begleiteten Treffpunktarbeit. Keines der Angebote ist ohne das andere denkbar. Regionale und überregionale Vernetzungen im kirchlichen und außerkirchlichen Bereich sind unabdingbar. Zugleich sind die Belange von Alleinerziehenden in allen Bereichen von Kirche und Diakonie mit zu bedenken, und es ist darauf zu achten, dass alle Angebote der Vielfalt von Familienformen gerecht werden und Alleinerziehende ausdrücklich im Blick haben.

*Die Grundsätze können im Referat Angebote für Alleinerziehende bestellt werden, Tel.: 0911/93 54 - 320, -321.*

Autorin: Dorothea Eichhorn  
 Funktion: Geschäftsführerin der Evang. Arbeitsgemeinschaft für allein erziehende Mütter und Väter  
 Referentin für Angebote für Alleinerziehende und Frauenfragen  
 Kontakt: eichhorn.dorothea@diakonie-bayern.de

## Kevin ist kein Einzelfall

### Keine verpflichtende Vorsorgeuntersuchung – bestehende Möglichkeiten nutzen

Der tragische Tod des 2-jährigen Kevin in Bremen hat erneut die Frage eines effektiven Kinderschutzes aufgeworfen und die Diskussion um Frühwarnsysteme in die Öffentlichkeit getragen. Die Todesursachenstatistik zeigt, dass insbesondere Säuglinge unter einem Jahr Opfer von tödlichen Angriffen werden. Im Jahr 2005 sind insgesamt 17 Kinder an den Folgen von Kindesmisshandlungen gestorben. 15 davon waren weniger als ein Jahr alt.

Wir müssen bei Kindesmisshandlungen von einer beträchtlichen Dunkelziffer ausgehen. Kindstötungen sind nur die tragische Spitze eines Eisberges. Eine möglichst frühe und effektive Unterstützung der Eltern ist notwendig.

Die Diakonie begrüßt deshalb grundsätzlich das Aktionsprogramm der Bundesregierung zu sozialen Frühwarnsystemen. Inzwischen sind erste Modellprojekte angelaufen. Das Programm konzentriert sich auf Kinder im Alter von bis zu drei Jahren. Im Modellprojekt „Pro Kind“ werden z.B. Mütter, die sich in einer besonderen sozialen Problemlage befinden, bereits während der Schwangerschaft und nach der Geburt regelmäßig von einer Hebamme bzw. einer Sozialpädagogin betreut.

Die Diakonie fordert, bereits bestehende Regleinrichtungen und Dienste der Jugend- und Familienhilfe der Wohlfahrtsverbände in die präventiven Maßnahmen für Kleinkinder mit einzubeziehen. Dabei sind auf die Vernetzung und die Arbeit an Schnittstellen zwischen Einrichtungen und Diensten besonderes Augenmerk zu legen. Als Beispiel sei die Kooperation von Schwangeren- und Erziehungsberatung genannt.

Die Schwangerenberatung erweist sich als eine gute Anlaufstelle, u. a., weil hier finanziel-

le Unterstützung über die Landesstiftung bzw. kirchliche Fonds ausgereicht wird. Immerhin bekommt jede fünfte Mutter in der Bundesrepublik Mittel aus der Stiftung „Hilfe für Mutter und Kind“. Finanzielle Zuwendungen helfen auf diese Weise, Kontakt zu beratenden Einrichtungen herzustellen.

Zur notwendigen Stärkung der Elternkompetenz sind, unter dem Aspekt der Vernetzung, insbesondere auch die Kindertageseinrichtungen und der Ausbau der Familienbildung einzu- beziehen.

#### Keine verpflichtende Vorsorgeuntersuchung

Die Vorsorgeuntersuchungen der gesetzlichen Krankenversicherung leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungsdiagnostik und -therapie. Die Untersuchungen im ersten Lebensjahr werden stark nachgefragt. Um Vernachlässigungen und Misshandlungen von Kleinkindern frühzeitig zu erkennen, müssen jedoch spezifischere Untersuchungsinhalte aufgenommen werden. Auch eine Neubestimmung der Untersuchungsintervalle wäre zu prüfen.

Nach dem ersten Lebensjahr geht die Inanspruchnahme der Untersuchungen deutlich zurück. Es müssen darum Maßnahmen gefördert werden, um die Motivation zur freiwilligen Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen zu steigern, zum Beispiel durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Eine verpflichtende Teilnahme lehnen wir jedoch ab. Denn der Blick ins europäische Ausland zeigt: Durch eine verpflichtende Teilnahme wird keine höhere Quote erreicht.

Bei der geplanten Verknüpfung der Leistungen des Landeserziehungsgeldes mit der verpflichtenden Teilnahme an Früherkennungs-

untersuchungen geben wir darüber hinaus zu bedenken, dass dabei nur jene Eltern erreicht werden, die ein Landeserziehungsgeld erhalten bzw. beantragen. Zudem ist damit ein Stigmatisierungseffekt verbunden.

#### Risikofaktor Mehrfachbelastung

Das Risiko bei Kindeswohlgefährdungen steigt, wenn Familien mehrfach belastet sind. Deshalb sind Entlastungen auf unterschiedlichen Ebenen zu fördern. Auch darum müssen Betreuungseinrichtungen für unter Dreijährige zügig ausgebaut werden. So kann es für Kinder aus Risikofamilien sehr wichtig sein, mehrere Stunden am Tag im Schutz einer sie fördernden Tageseinrichtung zu verbringen. Über die Einrichtungen können auch die Eltern erreicht und unterstützt werden. Wirtschaftliche Not in den Familien ist ebenfalls ein belastender Faktor. Die Abschaffung des Erziehungsgeldes und die Neukonzeption des Landeserziehungsgeldes haben in diesem Zusammenhang fatale Auswirkungen. Sie verschärfen die wirtschaftliche Situation der Familien.

#### Bestehende Möglichkeiten nutzen

Maßnahmen bei Hochrisiko-Familien zum Schutz des Kindeswohls in den ersten Lebensjahren sind auf eine aufsuchende Struktur angewiesen. Diese Arbeit ist nur zu leisten mit einem erhöhten Einsatz von Fachkräften. Überdies zeigt die Analyse aller Fälle von Kindesmissbrauch, dass es an gesetzlichen Regelungen, Strukturen und Angeboten nicht fehlt. Doch die zur Verfügung stehenden Rahmenbedingungen sind zu verbessern. In Bremen war die Amtsvormundschaft im Jugendamt von fünf auf drei Stellen reduziert worden. Erst nach der Tragödie des kleinen Kevin wurde diese Sparmaßnahme zurückgenommen. So notwendig Prävention für Kleinkinder in den ersten Lebensmonaten ist: Es darf keinesfalls der Schutz von älteren Kindern und Jugendlichen vernachlässigt werden. Um Kinder und Jugendliche nachhaltig zu schützen, ist es dringend erforderlich, die Unterstützungsleistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe im vollen Umfang zu erhalten.

Autor: Helmut Neuberger  
 Funktion: Referent für Familienarbeit  
 Kontakt: neuberger.helmut@diakonie-bayern.de

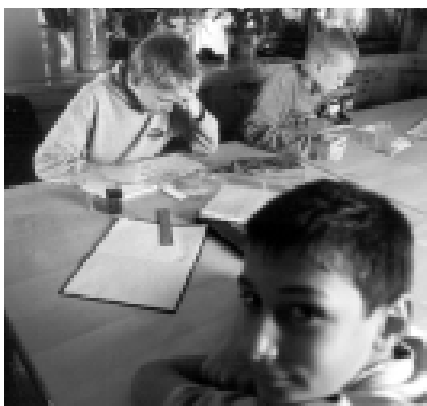


*Angst essen Seele auf – Missbrauchten Kindern fällt es schwer, über ihre Erlebnisse zu sprechen.*

# „Bildung ist der Generalsschlüssel zur Überwindung sozialer Unterschiede“

## Diakonisches Werk Bayern erarbeitet bildungspolitisches Grundsatzpapier

Steht auch die Bildungspolitik zunehmend unter dem Druck, einzig markt- und wertungsorientierte Inhalte zu vermitteln? Sollten nicht vielmehr Bildungswerte eines christlich-humanitären Menschenbildes zur Geltung gebracht werden, die sowohl Leistungsfähigkeit als auch Solidarität unterstützen und insgesamt auf eine allseitige, ausgewogene Entwicklung der Fähigkeiten und Kräfte zielen? Das Diakonische Werk Bayern hat darum bildungspolitische Grundsätze erarbeitet, die an dieser Stelle in Auszügen veröffentlicht werden.



Damit die Lust auf Bildung nicht zum Frust wird: Die Diakonie fordert Chancengleichheit für alle Kinder.

„Jeder Mensch ist von Natur aus neugierig und zeigt großes Interesse bzw. Bereitschaft zu lernen. Bildung ist ein intransitiver Prozess, und es kommt darauf an, dieses natürliche Bildungsinteresse zu fördern und zu nähren. Ausreichend Spielraum für persönliche Interessen, selbst gesteuertes Lernen und individuelle Lernwege erhalten die Freude am eigenen Bildungsprozess. (...)“

### BildungsOrte

Bildung geschieht in allen Lebenszusammenhängen und beruht daher in einem sich ergänzenden Zusammenspiel von Familie, anderen sozialen Bezügen und Institutionen. Die verschiedenen Lernwelten sind für den Dreiklang von Betreuung, Erziehung und Bildung zuständig, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

Die Familie ist in der Regel der zuvörderst prägende Bildungsort. Die Stärkung und Förderung der Familie zur Wahrnehmung dieser Aufgabe bedarf besonderer Aufmerksamkeit.

Bildungsinstitutionen – wie z.B. (integrative) Kindertagesstätten, (integrative) Schulen, heilpädagogische Angebote, Ausbildungsbetriebe, ergänzende Bildungsangebote – stehen unter einem spezifischen öffentlichen, gesellschaftlichen und auch staatlichen Interesse. Öffentliche Bildungsorte sind stärker aufeinander zu beziehen und in ein sich ergänzendes Zusammenspiel

mit den Lernwelten in der Familie und in anderen sozialen Bezügen zu setzen. (...)“

### Bildungsverantwortung

Bildung von Kindern und Jugendlichen ist eine Gemeinschaftsaufgabe und liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Familie, Gesellschaft und Staat.

Die Teilhabe an Bildungsprozessen hängt von Kinder und Jugendliche im Wesentlichen von den Förderbedingungen und -möglichkeiten im Elternhaus, der Frühförderung in Kinder-einrichtungen, von gelingender Integration in Kindertagesstätte und Schule, sowie dem Zugang zum Ausbildungsmarkt ab. Hierbei ist die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder zu akzeptieren und zu fördern. Es ist den Eltern die Entscheidung zu überlassen, an welchem Ort und für welchen Zeitraum außerschulische Bildung, Erziehung und Betreuung ihrer Kinder wahrgenommen und vollzogen wird. (...)“

### Bildungsbedarf

Öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und jungen Menschen muss durch eine differenzierte, individuelle Förderung wahrgenommen werden. Dies beinhaltet differenzierte Förderung von Familien ebenso wie ganzheitlich orientierte Angebote der Familienbildung, qualifizierte – integrative – Kinderbetreuungs- und schulische Angebote sowie Angebote der Jugendarbeit. In erster Linie beinhaltet es, die Kinder und Jugendlichen mit ihrer ihnen jeweils eigenen Lebenssituation und Lernvoraussetzungen in den Blick zu nehmen und in den Mittelpunkt zu stellen. (...)“

Die soziale Herkunft von Kindern und Jugendlichen ist für den Zugang zu Bildung und zu manchen Bildungsinstitutionen ein bestimmender Faktor. Es ist unabdingbar und Aufgabe des Staates, Bildungschancengerechtigkeit und die damit verbundenen notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dazu braucht es Bildungskonzepte und -angebote, die aufeinander bezogen sind und Reproduktion sozialer Ungerechtigkeit verhindern. Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche – basierend auf einem dynamischen und ganzheitlichen Bildungsverständnis – bieten Chancen für Bildungserfahrungen, Förderung individueller Begabungen sowie Ausgleich fehlender Ressourcen im familiären Umfeld. Wo die Teilhabe an Bildungsprozessen nicht ausreichend durch die Eltern gefördert werden kann, ist es staatliche Verantwortung, differenzierte, niedrigschwellige und nachhaltig wirksame Instrumente bereitzustellen, um diese Teilhabe zu ermöglichen und zur Teilhabe zu ermuntern. (...)“

Das Bildungspolitische Grundsatzpapier kann angefordert werden unter [baer.helga@diakonie-bayern.de](mailto:baer.helga@diakonie-bayern.de), Tel.: 09 11 - 93 54 311.

## Stichwort: Landeserziehungsgeld

Der bayerische Ministerrat hat am 24.10.2006 Eckpunkte für die Weiterentwicklung des Landeserziehungsgeldes beschlossen. Danach können Eltern alternativ zwischen einem Betreuungszuschuss und dem Landeserziehungsgeld wählen. Gleichzeitig sind die Einkommensgrenzen erhöht worden. Die bayerische Diakonie begrüßt die Erhöhung der Einkommensgrenzen und die damit verbundene Ausweitung der Leistungsempfänger. Doch weist sie kritisch auf die mit dem „Eckpunkte-Modell“ verbundene, zusätzliche Belastung der Familien hin, sowie auf Inkonsistenzen des Konzeptes.

Das Landeserziehungsgeld wird demnach um 50 € pro Monat gekürzt. Diese Kürzung trifft wirtschaftlich schwache Familien in Bayern besonders hart, zumal sie mit der Einführung des Elterngeldes zum 1.1.2007 erhebliche Leistungskürzungen werden hinnehmen müssen. Bei Alleinerziehenden mit einer Bezugsdauer des Elterngeldes von 14 Monaten beträgt das Minus insgesamt 3000 €.

Mehrfach hat die Diakonie auf dringend notwendige Maßnahmen zur Armutsreduktion bzw. Armutsprävention hingewiesen. Öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Position gewann die Diakonie u.a. auf den bayerischen Armutskonferenzen, die im Turnus von zwei Jahren stattfinden. Das Elterngeld und das geplante Landeserziehungsgeld erweisen sich als weiterer Rückschritt.

### Wahl zwischen gleichwertigen Modellen

Als Wahlmöglichkeit zum Landeserziehungsgeld ist ein Betreuungszuschuss vorgesehen. Familien, die sich dafür entscheiden, stellen sich jedoch damit finanziell schlechter. So ist aus Sicht der Diakonie keine sinnvolle Wahlmöglichkeit gegeben. Wir empfehlen stattdessen ein Modell mit einem höheren Grad an Wahlfreiheit und ohne Absenkung der zurzeit gültigen Beiträge.

Die Diakonie erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass beim Landeserziehungsgeld seit seiner Einführung 1995 keine Anpassung an die Lebenshaltungskosten – auch nicht aus den enormen Einsparungen durch den Geburtenrückgang – vorgenommen worden sind. Vielmehr erfolgten beträchtliche Kürzungen – bei der letzten Neukonzeption 2004 für eine Familie mit drei Kindern insgesamt um 1428 €.

Die Familienpolitik steht als zentrales Handlungsfeld einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik vor entscheidenden Herausforderungen. Es geht um einen Nachholbedarf sowohl in der Strukturförderung (Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren) als auch in der Armutsprävention bei Familien.

Zusätzliche Belastungen für Familien, wie die Streichung der letzten beiden Jahre des Kindergeldes, verstärkt durch die Erhebung von Studienbeiträgen, sind mit einer nachhaltigen Familienpolitik nicht vereinbar.

Autor: Helmut Neuberger  
Funktion: Referent für Familienarbeit  
Kontakt: [neuberger.helmut@diakonie-bayern.de](mailto:neuberger.helmut@diakonie-bayern.de)



## „Brot für die Welt“ für Bayern in Cham eröffnet

Mit einem Festgottesdienst und anschließendem Empfang wurde am 1. Advent in Cham die 48. Aktion „Brot für die Welt“ für Bayern eröffnet. Die evangelische Hilfsaktion startet in diesem Jahr unter dem Motto „Gottes Spielregeln für eine gerechte Welt.“ Im Mittelpunkt der diesjährigen Aktion stehen die Themen „Ernährungssicherung“ und „Fairer Handel“.

Mit einem Spendenergebnis von ca. 55 Millionen € pro Jahr fördert „Brot für die Welt“ jährlich über 1.000 Projekte in den armen Ländern des Südens. So werden Bauern in Afrika, Asien und Lateinamerika von „Brot für die Welt“



Bei der Eröffnung der Aktion „Brot für die Welt“ in Cham (von links nach rechts): Dekan Walter Kotschenreuther, Diakoniepräsident Dr. Ludwig Markert, Dr. Hans-Martin Weiß, Regionalbischof von Regensburg

unterstützt, mit verbesserten landwirtschaftlichen Methoden ihre Erträge zu steigern, eine größere Fruchtvielfalt anzubauen und ihre Felder in ökologisch verträglicher

Weise zu bewässern. „Brot für die Welt“ hilft beispielsweise Kleinbauern in Ecuador beim nachhaltigen ökologischen Anbau und der Vermarktung ihrer Produkte zu fairen Preisen in Deutschland. Ihre Familien haben dadurch ein gesichertes Einkommen. Mit dem Mehrertrag aus dem fairen Handel können sie gemeinsam eine Krankenstation oder eine Schule in ihren Dörfern bauen.

Die Aktion „Brot für die Welt“ ist eine der ältesten und erfolgreichsten Entwicklungshilfeorganisationen Deutschlands. Durchgeführt und verantwortet wird die wichtigste evangelische Partnerschaftsaktion in Bayern durch das Diakonische Werk – und das mit großem Erfolg. Zum Spendenergebnis des Jahres 2005 von knapp 55 Millionen € hat Bayern mit 7,8 Millionen €, wie in den vergangenen Jahren auch, den Löwenanteil beigetragen.

## Aktiv fürs Ehrenamt – Der Diakonie-Wettbewerb 2007

Sie sind in aller Munde – und doch wird ihre Arbeit viel zu wenig gewürdigt. „Aktiv fürs Ehrenamt“, unter diesem Motto fördert der Diakonie-Wettbewerb 2007 langfristige, kontinuierliche und nachweislich erfolgreiche Ehrenamtsarbeit aus Diakonie und Kirchengemeinden.

Am Wettbewerb können Mitarbeiter/innen aus evangelischen Kirchengemeinden, diakonischen und evangelischen Verbänden, Initiativen und Einrichtungen in Bayern teilnehmen.

Zu gewinnen gibt es drei Preise in Höhe von 2.000 €, 1.500 € und 1.000 €. Über die Vergabe der Preise entscheidet eine Jury aus dem Kreis der Initiatoren und Sponsoren (Bruderhilfe Pax Familienfürsorge, CURACON Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Evangelische Kreditgenossenschaft eG, Sonntags-

blatt – Evangelische Wochenzeitung für Bayern). Die prämierten Einsendungen werden im Internet unter [www.diakonie-bayern.de](http://www.diakonie-bayern.de) veröffentlicht.

Der Wettbewerb ist inhaltlich eng mit dem Jahresthema „Wir AG – Nachbarschaft 2007“ verbunden. Das Diakonische Werk Bayern unterstützt damit insbesondere mehrjähriges freiwilliges Engagement, das regional gut verankert ist und den Aspekt der Nachbarschaftshilfe in besonderer Weise berücksichtigt.

Die Preisverleihung zum Diakonie-Wettbewerb wird erstmalig im Rahmen des Jahresempfanges des Diakonischen Werkes Bayern stattfinden.

Diese Veranstaltung am 18. Juni 2007 in Augsburg wird inhaltlich ganz im Zeichen des Ehrenamtes stehen. Damit möchte das Diakonische Werk Bayern,

gemeinsam mit den am Wettbewerb beteiligten Partnern, auf die große Bedeutung des Ehrenamtes für die evangelische Kirche und ihre Diakonie öffentlich aufmerksam machen.

Die Bewerbungsunterlagen sind in fünf-facher Ausfertigung ab dem 1. Januar 2007 zu senden an:

Diakonisches Werk Bayern  
z. Hd. Frau Dr. Leonie Krüger  
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit  
Pirckheimerstraße 6  
90408 Nürnberg  
Tel.: 0911/93 54 - 207  
Fax: 0911 / 93 54 - 215  
PC-Fax: 0911 / 93 54 - 34 - 207  
E-Mail: [krueger.leonie@diakonie-bayern.de](mailto:krueger.leonie@diakonie-bayern.de).

Einsendeschluss ist Montag, 30. April 2007.

Weitere Informationen zum Wettbewerb und die genauen Teilnahmebedingungen stehen im Internet zur Verfügung unter der Adresse [www.diakonie-bayern.de](http://www.diakonie-bayern.de) / Aktuelles / Wettbewerbe 2006 / 2007 / Aktiv fürs Ehrenamt – Diakonie-Wettbewerb 2007.



### Impressum

Herausgeber: Diakonisches Werk Bayern e.V.

Postadresse: Postfach 120320  
90332 Nürnberg  
Tel.: 09 11 / 93 54 - 204  
Fax: 09 11 / 93 54 - 215  
[info@diakonie-bayern.de](mailto:info@diakonie-bayern.de)  
[www.diakonie-bayern.de](http://www.diakonie-bayern.de)

Erscheinungstermin: Dezember 2006

Redaktion: Fachgruppe Kommunikation  
Pirckheimerstraße 6  
90408 Nürnberg

Druck und Gestaltung: Druckerei Ulrich, Nürnberg

Fotos: Andreas Bohnstengel  
© Diakonisches Werk Bayern e.V.

Alle Beiträge, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus der Fachgruppe Kommunikation.

